

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Berlin.
t ver-
ball-
den
gegen
ut un-
wir
ormat
eines

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
nachmittag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei
im Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der bessere Mittag“, „S. L. Beilage“, „Unterhaltungsbelletr.“. — Durch die
Fahrrad- und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Ge-
halt wird kein Schadenersatz geleistet.

Fernsprecher Nr. 127



Telegr. Nr.: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig
Geschäftliche und Vereins-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Millimeter-
preis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichs-
pfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Januar
1934 gültigen Preisliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis
9 Uhr Vormittags.
D. H. 11 34 565

Verlag und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Hauptschriftleiter und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 147

Donnerstag, den 6. Dezember 1934

27. Jahrgang

Saarbericht vor dem Völkerbundsrat

Die Abstimmung am 13. Januar bringt die endgültige Heimkehr des Saargebietes

Neuorientierung der Donauwirtschaft

Bei den zahlreichen Verhandlungen, die die Staats-
räte der mittel- und südeuropäischen Länder in der
letzten Zeit miteinander oder mit den an den schwebenden
Donau-Problemen beteiligten Mächten geführt haben, spiel-
ten die wirtschaftlichen Fragen eine ebenso wichtige Rolle
wie die Fragen der Politik dieses durch die unbilligen
Verträge zerrissenen Donaueckes. Trotz aller
Anstrengungen haben sich die wirtschaftlichen Schwierigkei-
ten der einzelnen Länder entweder gar nicht oder nur in
geringem Ausmaße beheben lassen, und auch die in den
vergangenen Jahren getroffenen Vereinbarungen und
Abkommen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit
haben die Erwartungen, die man auf sie setzte, bei
weitem nicht erfüllt. Dies gilt in erster Linie von den viel-
fachen Wirtschaftsabkommen der Kleinen Entente, deren
Zweck es sein sollte, das politische Bündnis dieser Staa-
ten auch wirtschaftlich zu untermauern. Auf der Herbst-
tagung des Wirtschaftsrates der Kleinen Entente im Sep-
tember d. J. mußte festgestellt werden, daß die Bemühun-
gen der drei Staaten im Sinne eines Ausgleichs ihrer han-
delspolitischen Interessen sich als fruchtlos erwiesen hätten.

Bisher ist nur ein Weg zur Behebung der schweren
Wirtschaftlichen Lage der Agrarländer des östlichen und südöstlichen
Mittel Europa getroffen hat, mit einem gewissen Erfolge be-
achtet worden. Das ist der Dreiervertrag Rom-Wien-
Budapest vom März d. J., dessen Abmachungen in den
unseren Protokollen niedergelegt sind. Obwohl die bis-
her erzielten Ergebnisse hinter den an diese Vereinbarun-
gen geknüpften Hoffnungen noch erheblich zurückbleiben,
sind die Besprechungen, die der ungarische Minister-
präsident Bimbó und der österreichische Bundeskanzler
Dr. Schuschnigg in den letzten Wochen miteinander und mit
Aussicht genommenen Beitritt anderer Staaten, insbeson-
dere Deutschlands, ausgeblieben ist. Gerade in letzter Zeit
wurde namentlich von ungarischer Seite auch von österrei-
chischer Seite der Vorteil eines Beitritts Deutschlands zu
den wirtschaftlichen Vereinbarungen dieses Falles betont.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß
überdies immer mehr französische Stimmen laut werden,
daß die unbillige Notwendigkeit einer Mitarbeit Deutsch-
lands im Donauraum unterliege. So hat der Vizeprä-
sident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten,
Hr. Ernst Bezel, es als einen Artum bezeichnet, „Frank-
reich als ideales Abgabengebiet für die mitteleuropäischen
Länder anzusehen“. Man brauche nur, so führte er aus,
die Handelsstatistiken der letzten Jahrzehnte durchzusehen,
um sich vom Gegenteil zu überzeugen. Für Ernst Be-
zel ist es eine nicht aus der Welt zu schaffen Tatsache,
daß „Deutschland das natürliche Komplement der mitteleu-
ropäischen Wirtschaft“ darstelle. Trotz der weithin sich
breitenden politischen Meinungen, die zum Abbruch der römischen
Seite geführt haben, kann man den Beteuerungen der be-
teiligten Staatsmänner Glauben schenken, daß dies nur
ein Anfang zu einer größeren und weiter reichenden wirt-
schaftlichen Zusammenarbeit in Mitteleuropa ist.

Deutschland hat den natürlichen Gegebenheiten der
Wirtschaftsstruktur dieser Staaten von jeher Rechnung ge-
tragen. Darüber hinaus ist die neue deutsche Wirtschaftspoli-
tik darangegangen, im Rahmen neuer handelspoliti-
scher Verträge mit den südeuropäischen Staaten eine
größtenteils ungenutzte Lagerung seines Warenverkehrs durchzuführen
und so fern von allen politischen Ambitionen eine
Brücke zwischen den agrarischen Exportländern des Donauraums
und den industriellen Ländern Mitteleuropas zu
schaffen. — Eine zielbewußte und weitläufige Maß-
nahme zur Behebung der Wirtschaftskrise, die nicht zuletzt
durch die Handelsverträge begünstigten Wirtschaftsa-
narchie ihre katastrophale Verfallung verdankt. Unter
diesem Gesichtspunkte sind im Anfang d. J. das deutsch-
ungarische Handelsabkommen und der deutsch-südwest-
deutsche Handelsvertrag abgeschlossen worden. Abmachungen, die,
wie die Handelsbilanz zeigt, sich für die Handelsbeziehun-
gen beider Länder in befriedigender Weise auswirken.

Mit Rumänien, das sich infolge der seit langem an-
haltenden schlechten Wirtschaftsergebnisse zur völligen
Umstellung seiner Handelspolitik gezwungen sah und den
Handelsvertrag wie mit anderen Ländern so auch mit
Deutschland gekündigt hat, sind bereits neue Verhand-
lungen aufgenommen worden. Wenn das wirtschaftliche Ver-
hältnis zwischen beiden Staaten sich in den letzten Jahren
günstig entwickelt hatte, so kann hierzu nur fest-
gestellt werden, daß die deutscheinliche Einstellung der

amtlichen rumänischen Politik hierbei eine nicht geringe
Schuld trägt. Handel und Industrie in Rumänien liegen
zum überwiegenden Teil in Händen, die dem deutschen
Nationalsozialismus durchweg ablehnend gegenüberstehen.
Wie Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht gegenüber dem
rumänischen Handelsminister erklärt hat, wird Deutschland
bereit sein, die Wirtschaftsbeziehungen auch mit Rumänien
zu einer beide Teile befriedigenden Regelung zu bringen.

Beginn der Saaraussprache

Genf, 6. Dezember.

Der Völkerbundsrat ist Mittwoch nachmittag unter dem
Vorherrschaft der portugiesischen Delegierten Vasconcellos zunächst
zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammengetreten. Wie
verlautet, wurde ohne Ausprache der Antrag des Präsi-
denten angenommen, die ungarisch-südwestdeutsche Angelegenheit
dringlich zu behandeln, das heißt auf die Tagesordnung der
gegenwärtigen Tagung zu setzen. Anschließend begann die
öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates.

In der öffentlichen Sitzung, die unter dem Vorsitz des
französischen Außenministers Dr. Benesch stattfand,
hat sich sodann der Völkerbundsrat mit dem Bericht des
Saarausschusses beschäftigt. Der Berichterstatter

Baron Aloisi

erklärte, daß der Bericht eben erst an die Delegierten verteilt
worden sei, wolle er ihnen Zeit zu weiterer Prüfung lassen.
Schon jetzt aber wolle er den Geist, in dem der Ausschuss seine
Aufgabe erfüllt habe, zum Ausdruck bringen. Er habe schon
im Juni darauf hingewiesen, daß das Komitee den größten
Wert auf die Mitarbeit Deutschlands und Frankreichs lege.
Bei der Regelung der verwickelten und tiefsten Frage, die der
Ausschuss jetzt zu lösen gehabt habe, sei die gleiche Methode
befolgt worden.

Die deutsche und die französische Regierung seien dem
Wunsche des Ausschusses in einem Geiste entgegengekommen,
der seine Arbeiten wesentlich erleichtert habe. Es sei eine
Reihe praktischer Lösungen erzielt worden, die den Völkern
helfen, auf Vereinbarungen der beiden Regierungen zu be-
stehen. Günstig würden die bisherigen Arbeiten des Aus-
schusses die Entschlüsse erleichtern, die der Völkerbunds-
rat nach der Volksabstimmung zu treffen haben werde.

Der französische Außenminister Caual schloß sich der An-
regung Aloisi an, daß erst am Donnerstag in die eigentliche
Beratung des Berichts eingetreten werden solle, bemerke
aber, er wolle schon jetzt erklären, daß die Regierung der
französischen Republik den Schlussfolgerungen des vorgeleg-
ten Berichts vollkommen zustimme. Im gleichen Sinne
äußerte sich der englische Delegierte Eden.

Der Bericht des Dreier-Ausschusses

Der Bericht des Dreier-Ausschusses zerfällt in
zwei Hauptteile, von denen der erste die Erklärung des
vertraglichen Rahmens, die Staatsangehörigkeit der Saar-
einwohner und das Optionsrecht, die Ausdehnung der Ga-
rantien auf die Wahlberechtigten der Saarbevölkerung, die Behand-
lung der Saareinwohner nach der Einführung des endgülti-
gen Regimes, die Sozialversicherung und die Beamten-
frage behandelt. Der zweite Hauptteil bezieht sich auf die
Finanz- und die Bergwerksfragen.

Eine Reihe von Anlagen enthält den Schriftwechsel
zwischen dem Vorsitzenden des Dreier-Komitees und der
deutschen und der französischen Regierung über die Aus-
dehnung der Garantien auf die Wahlberechtigten der Saar-
bevölkerung, einen entsprechenden Schriftwechsel der Saarbevölke-
rung nach der Rückgliederung und das deutsch-französische
Abkommen über Finanzfragen.

Der Bericht des Ausschusses behandelt einleitend die
seinerzeit von Barthou aufgeworfene Frage der Definition
des Status quo. Aus den eingehenden juristischen Dar-
legungen ergibt es sich, daß für den Fall einer Entschlei-
dung zugunsten des gegenwärtigen Zustandes der Völker-
bund nur die im Vertrag selbst vorgesehenen Befugnisse
hinsichtlich der Ueberführung eines vorläufigen Zustandes
auf einen endgültigen besäßen würde. Der Völkerbund
würde in diesem Fall die Souveränität über das Saar-
gebiet erlangen, über die er nur insoweit verfügen könnte,
als es mit den vertraglichen Bestimmungen und den Vor-
aussetzungen vereinbar ist, unter denen sie ihm übertragen
wurde.

Aus dem Bericht des Dreier-Ausschusses ergibt sich un-
zweifelhaft, daß der Völkerbundsrat darauf verzichtet hat,
schon jetzt Einseitigkeiten über das etwaige endgültige Regime
im Sinne des Status quo festzusetzen und eine zweite Ab-
stimmung vorzulegen.

In französischen Kreisen rechnet man damit, daß die
Ausprache über die Saarfrage in Genf am Donnerstag be-
endet sein wird und daß man am Freitag mit dem süd-
west-

ungarischen Zwischenfall beginnen könne. „Berliner“
glaubt in diesem Zusammenhang zu wissen, daß die kleine
Entente es nicht zulaßen werde, daß Italiens Vertreter in
dem Ausschuss sitze, der nach der Beendigung der außer-
ordentlichen Sitzung des Völkerbundsrates die Angelegenheit
ordentlichen Sitzung des Völkerbundsrates die Angelegenheit
weiter verfolgen solle. Das „Journal“ weist auf die scharfe
Opposition hin, die von der Kleinen Entente gegen einen
angebotenen englischen Vorschlag bestehe, die ganze Angelegen-
heit einem Ausschuss von Vertretern der Großmächte zu über-
geben. Der Genfer Sonderberichterstatter des „Petit Pari-
sien“ will den Eindruck gewonnen haben, als ob der süd-
west-ungarische Zwischenfall von jetzt an gründlich behandelt
werden würde, und daß man sich nicht auf rein akademische
Reden beschränken werde.

Alles für Deutschland!

Scharfe Abgabe an die Separatisten

Über 1000 führende katholische und evangelische Per-
sönlichkeiten aus allen Orten des Saargebietes haben einen
großen Appell an das christliche deutsche Saarvolk gerichtet,
um mit aller Entschiedenheit gegen die neue katholische Grup-
penbildung Stellung zu nehmen.

Der Appell trägt die Unterschriften des Landesleiters
der Deutschen Front, zahlreicher Mitglieder des Landesrates,
darunter des früheren Vorsitzenden des Saargebietes, des Gewerks-
chaftsführers Peter Kiefer, des früheren Zentrumsführers
Stegmann, einer großen Anzahl von Geistlichen sowie zahl-
reicher anderer Persönlichkeiten aus allen Gebietsteilen.

Im dem Appell heißt es: Getreu der Mahnung des
verewigten Reichspräsidenten von Hindenburg: „Seid einig,
einig, einig“ haben sich die deutschen Saarländer beider
christlichen Konfessionen am 1. März 1934 in der allesum-
fassenden Deutschen Front zusammengeschlossen, um ihrem
unbeugbaren Willen, zum deutschen Vaterland zurückzukeh-
ren, sichtbaren Ausdruck zu geben. Diese Einstim-
mung befindet sich im Einklang mit der Lehre der beiden
christlichen Bekenntnisse, insbesondere haben die zuständigen
Bischöfe von Trier und Speyer erklärt, daß die Liebe und
Treue zum angestammten Vaterland und die christlichen
Tugenden seien. Nur die völlige Geshlossenheit des christ-
lichen und deutschen Volkes an der Saar gewährleistet die
Beseitigung des ihm zugefügten großen nationalen Unrechts
und die dauernde Wiedervereinigung unserer deutschen Hei-
mat mit dem angestammten Vaterland sowie die 44 Tage
wunderbare Befriedung Europas. Trost hat sich 44 Tage
vor der Wdhmung ein neues Grippchen zusammengetan,
daß sich „Deutscher Volksbund für christlich-sozialer Gemein-
schaft“ nennt. Es kann sich aber nur um eine ganz ver-
schwindende Minderheit von Unzufriedenen handeln, die
keinerlei Berechtigung haben, sich als die Vertreter der
christlichen deutschen Saarbevölkerung zu bezeichnen. Wer ge-
heimlich mit Marxisten, Kommunisten, Sozialisten und Athei-
sten, also den wirklichen Antichristen, für Christus kämpfen
will, kann sich nie und nimmer als Vertreter christlicher
Ideeal bezeichnen.

Wir sind fest davon überzeugt, daß das ganze echte
christliche deutsche Saarvolk diesen neuen Bund unter allen
Umständen ablehnt. Es ist zu stolz, sich in die Gemeinschaft
von Menschen zu begeben, die sich mit Gott- und Vaterlands-
losen im gemeinsamen politischen Zielstreben gefunden haben.
Es wird geschlossen festhalten an der einzigen für das christ-
liche deutsche Saarvolk in Frage kommenden Parole: Alles
für Deutschland, unter Deutschland!

Engländer für die Saarpolizei

Wie der diplomatische Mitarbeiter der „Morning Post“
meldet, sind weitere dreißig Engländer für die Saarpolizei
angeworben worden, nachdem bereits vor einigen Wochen
eine Anzahl britischer Staatsangehöriger Offizierstellen in
der internationalen Saarpolizei übernommen hatten. Die mei-
sten der neu Angeworbenen haben im Weltkrieg als Offi-
ziere gedient und befehligen die deutsche und die französische
Sprache. Sie sollen zum Teil in London ausgerüstet werden.

Rücktritt Furtwänglers

Berlin, 5. Dezember.

Staatsrat Dr. Wilhelm Furtwängler hat den Reichs-
minister Dr. Goebbels um Entlassung aus seinen Ämtern als
Vizepräsident der Reichsmusikammer und als Leiter des
Berliner Philharmonischen Orchesters ersucht. Gleichzeitig hat
er den preußischen Ministerpräsidenten, ihn von seinem Amt
als Oberdirektor der Berliner Staatsoper zu entbinden. Beide
Reichsminister haben die an sie ergangenen Gesuche be-
willigt.

Der Bericht des Ratsausschusses

Genf, 6. Dezember.

Der von Baron Aloisi unterzeichnete Bericht des Dreier-Ausschusses für die Saarabstimmung behandelt eingehend die Vorarbeiten des Dreier-Ausschusses, wobei u. a. das Schreiben des Präsidenten der Regierungskommission vom 23. August und die Denkschrift der französischen Regierung vom 30. August erwähnt werden.

1. Definition des durch den Vertrag geschaffenen Regimes.
Dieser Abschnitt befaßt sich ausschließlich mit der Definition des in § 35 des Anhangs des Verfallender Verträge vorgesehenen Regimes, und zwar mit den unter a) und b) vorgesehenen Möglichkeiten eines Völkerrundbeschlusses entweder im Sinne der Beibehaltung des Völkerrundregimes oder der ganzen oder teilweisen Vereinigung mit Frankreich.

Es wird dabei vor allem darauf hingewiesen, daß nach Artikel 49 des Vertrages der Gegenstand der Befragung, zu der die Bevölkerung berufen ist, die „Angelegenheit der Souveränität bildet, unter die sie zu treten wünscht“.

Im Falle einer Entscheidung der Bevölkerung für den Status quo würde es Sache des Völkerrundes sein, das gegenwärtige Regime in ein Regime der Völkerrundherrschaft umzuwandeln.

2. Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saargebietes und Optionsrecht.

a) Erste Hypothese:
§ 35 a (Beibehaltung des durch den Vertrag errichteten Regimes): In diesem Falle wäre die saarländische Staatsangehörigkeit zu schaffen, die alle sogenannten Saareinwohner unter Ausschluss der deutschen Staatsangehörigkeit erwerben würden, vorbehaltlich des Optionsrechtes. Dieses Optionsrecht erhielten nur die Bewohner deutscher Staatsangehörigkeit. Die Bewohner nichtdeutscher Staatsangehörigkeit würden im Falle ihrer Abstammungsberechtigung das Optionsrecht für die neuzuschaffende Staatsangehörigkeit erhalten.

b) Zweite Hypothese:
§ 35 b (Vereinigung mit Frankreich): Entsprechende Bestimmungen.

c) Dritte Hypothese:
§ 35 c (Vereinigung mit Deutschland): Keine Änderungen der Rechtsordnung.

3. Ausdehnung der den Abstimmungsberechtigten gewährten Garantien auf die nichtabstimmungsberechtigten Einwohner des Saargebietes.

Hier wird Bezug genommen auf den als Anlage 1 beigegebenen Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten des Dreier-Ausschusses und der deutschen bzw. französischen Regierung. Selbstverständlich läßt die in § 2 der Erklärungen enthaltene Schiedsgerichtsklausel das Recht des Rates unberührt, über die Erfüllung der Verpflichtungen zu wachen.

4. Maßnahmen hinsichtlich der Behandlung der Einwohner nach der Errichtung des endgültigen Regimes unter den Voraussetzungen, die durch die Ziffern b) und c) des § 35 vorgegeben sind.

Das Komitee hatte die Aufgabe zu prüfen, ob die Bestimmungen des Vertrages es gestatten, dem Staat, dem das Saargebiet zugeteilt wird, Verpflichtungen im Sinne der Wahrung seiner Souveränität aufzuerlegen, soweit es die Behandlung der Bewohner oder einiger Kategorien unter ihnen betrifft, oder aber die Zuteilung des Gebietes von der Annahme derartiger Verpflichtungen abhängig zu machen. Der Ausschuss ist hier zu einer negativen Schlussfolgerung gelangt. Auf der anderen Seite ist der Ausschuss der Ansicht, daß sich der Übergang unbedingt in der Weise vollziehen muß, daß die schweren Folgen eines plötzlichen Wechsels vermieden werden.

Wittgenstein
A. K. H. J. von Torsten
URHEBERRECHTSCHUTZ VERBODEN DAS MEISTERWERDAU
(48. Fortsetzung.)

„Jenem Manne, der Miß Boulot ermordete und der bald darauf im Hollislikt umkam?“
„Herr General... das war nur ein Schachzug von mir. Tom Halifar lebt. Ich habe das Märchen von seinem Tode damals erfunden, um ihm die Freiheit zu erhalten.“

„Dochst Wilms... was sagen Sie da? Das wäre ja die ungeheuerlichste Pflichtverletzung!“
„Sie hat sich zum Besten ausgegeben“, Herr General. Tom Halifar hat die Falschmünzwerkstatt entdeckt, er hat auch Miß Ariane Boulot wiedergefunden.“

„Wie Boulot lebt?“
Die beiden Männer sind aufs höchste überrascht.
„Ja, sie lebt und wird jederzeit beglückt werden, daß Tom Halifar sie aufspürt hat.“

„Das ist fast zuviel auf einmal, Oberst! Das klingt ja, als wenn sich dieses furchtbare Rätsel von Torsten endlich lösen wollte.“

„Es ist schon gelöst... ich hoffe wenigstens, daß Torsten wird sich auch die Angelegenheit der Notenbank klären. Ich bitte Sie nur, Herr General, mir zu erlauben, daß ich über das Nähere schweige und bewahren bedingte Verschwiegenheit.“

„Ich begreife Sie, Oberst Wilms!“ sagt der General warm. „Wir richten uns vollkommen nach Ihren Wünschen.“

„Jenkins!“
„Was gibt's denn, Wilms?“

„Es tut sich allerhand! Das Rätsel von Torsten beginnt sich aufzulösen. Die Presse wird in der nächsten Zeit dem Polizeikommissar nicht mehr vorwerfen können, daß er verlagert. Sie müssen mir den Gefallen tun und nach Neuorleans reisen.“

„Nach Neuorleans? Was soll ich dort?“

E. Sozialversicherungen.

Der Ausschuss nimmt hier Bezug auf einen angeforderten Bericht des Internationalen Arbeitsamtes. Unter der Annahme der Aufrechterhaltung des Völkerrundregimes stellt der Ausschuss fest, daß die erworbenen Rechte aufrechterhalten bleiben; er nimmt jedoch Bezug auf ein Abkommen über die Sozialversicherung vom 29. Juli 1932 zwischen der deutschen und der französischen Regierung, dem die Unterzeichnung des französischen Staatspräsidenten fehlt, während die deutsche Regierung hat wissen lassen, daß die Ratifizierung dieses Abkommens nicht möglich ist, da sich einige seiner Bestimmungen nicht mehr mit dem gegenwärtigen Stand der deutschen Gesetzgebung in Einklang bringen lassen. Die deutsche Regierung hat dann auf Anforderung durch den Brief des deutschen Botschafters in Rom mit dem Datum vom 2. Dezember 1934 erklärt: Für den Fall der Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland werden die Sozialversicherungen des Saargebietes in das allgemeine Versicherungssystem in Deutschland eingegliedert.

Aus diesem Grunde werden die erworbenen Rechte oder die Rechte, auf die ein Anspruch besteht, bei den Organisationen für Sozialversicherungen im Saargebiet aufrechterhalten bleiben im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland, wobei die Ubergangsmaßnahmen Berücksichtigung finden, die sich als nützlich erweisen könnten.

Auf der anderen Seite hat die französische Regierung durch den französischen Botschafter in Rom mit Datum vom 2. Dezember 1934 die Erklärung abgegeben, daß für den Fall der Vereinigung des Gebietes mit Frankreich die Pensions- und Versicherungsrechte ebenso garantiert würden.

F. Beamte des Saargebietes.

Auf Bitten des Ausschusses haben sich die deutsche und die französische Regierung zu Verhandlungen mit der Regierungskommission bereitgestellt. Diese hat die Verhandlungen mit der deutschen Regierung am 26. November 1934 begonnen. Der Rat wird in seiner Januaritzung mit dem Ergebnis befaßt werden.

II. Finanzielle Fragen und Grubensteuern.

Der Bericht geht ausführlich auf die Vorverhandlungen hierüber ein und auf die zwischen den beiden Regierungen herbeigeführte Einigung durch Vermittlung des Unterausschusses des Finanzausschusses. Die beiden Regierungen haben ein Abkommen getroffen, das die wichtigsten wirtschaftlichen und finanziellen Fragen regelt, die unter der Annahme ins Auge gefaßt werden mußten, wie sie im Absatz c des Paragraphen 35 des Anhangs des Verfallender Verträge (Rückgliederung an Deutschland) vorgesehen ist. Der Text dieses am 3. Dezember in Rom unterzeichneten Abkommens wird in einer Anlage 3 beigefügt.

Dieses Abkommen bezieht sich auf die folgenden Punkte: a) Handelsfreie, b) Zwischenzinsen, c) Forderungen des französischen Staatsschatzes, d) Schulden des Saargebietes, die durch die Regierungskommission beglichen sind, e) die Art der Zurückzahlung der Noten der Bank von Frankreich und der anderen fremden Währungsmittel im Saargebiet.

Am Einverständnis mit den beiden Regierungen und auf ihre Bitte unterbreitet der Präsident Aloisi dem Rat einen Entscheidungsvorschlag, der die bereits bekannte Regelung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse enthält.

Im übrigen schlägt Präsident Aloisi vor, daß schon jetzt eine Mindestfrist für den Ubergangszustand festgesetzt wird für den Fall, daß das Gebiet an Deutschland fällt. Der Dreier-Ausschuss schlägt vor, daß dieser Zwischenzustand auf keinen Fall länger als ein Monat ist.

Zusätzlich stellen sich überhaupt nur im Falle der Rückgliederung an Deutschland wichtige finanzielle Fragen. Mit dem Finanzausschuss ist das Dreierkomitee der Meinung, daß für den Fall der Ubergabe des Gebietes an Frankreich oder der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Regimes es leicht sein würde, die Einzelheiten einer dann notwendigen finanziellen Regelung festzulegen. Andererseits behält sich der Ausschuss vor, gegebenenfalls den Finanzausschuss zu bitten, die Fragen zu studieren, die mit der freien Verfügung und dem Transfer der Bonds zusammenhängen, die vorgelegten Versionen anerkennen. Das Saargebiet zu verlassen, ihre Grundstücke zu verkaufen und ihr bewegliches Eigentum mitzunehmen, oder wegen der Zahlungen der Renten und Sozial-

versicherung an die Berechtigten, die nicht mehr im Saargebiet wohnen werden.

Für eine internationale Saarpolizei?

In der öffentlichen Sitzung des Völkerrundes erachtete der französische Außenminister Laval den Völkerrundrat, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Saargebiet durch den Völkerrund eine internationale Polizeitruppe einzulassen, in der weder Deutschland noch Frankreich vertreten seien. Dilem Vorschlag stimmten Eden für, England und Aloisi für Italien zu. Eden erklärte darüber hinaus, daß England bereit sei, ein Kontingent für die internationale Polizeitruppe zu stellen.

In seiner Ansprache hatte Laval noch betont, das Saargebiet sei kein deutsch-französisches Problem sondern ein internationales. Er ersuche den Völkerrund, selbst die Aufgabe der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, die sonst Frankreich zugeworfen wäre, zu übernehmen.

Der sowjetrussische Botschafter Litwinow und der tschechische Außenminister Benesch erklärten, sie müßten sich über eine entsprechende Stellungnahme erst mit ihren Regierungen in Verbindung setzen. Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, Klotz, äußerte, zur Beilegung der Angelegenheit im Saargebiet seien Elemente der Unruhe vorhanden. Die Verhandlungen seien überholt.

Der Rat beschloß dann, dem Dreier-Ausschuss die Befragung der Polizeifrage zu übermitteln.

Neuer italienischer Paktplan?

„Allgemeiner europäischer Neutralitätsvertrag.“

Rom, 6. Dezember.

In politischen Kreisen von Rom ist das Gerücht verbreitet, daß die italienische Regierung beabsichtige, sämtliche Mächten ein internationales Abkommen über den Abschluß eines allgemeinen Freundschafts- und Neutralitätsvertrages zwischen sämtlichen europäischen Staaten vorzuschlagen. Dieses Abkommen soll für zehn Jahre gelten.

Der Pakt würde auf dem Grundjah der meisten ähnlichen, bereits für viele Länder geltenden Verträge aufgebaut sein. Man erklärt, daß das Haupthindernis gegen den Plan von Ungarn kommen würde, da Ungarn nicht geneigt wäre, für zehn Jahre sich auf den Status quo festzulegen.

Laval und der Disput

Die Genfer Sonderberichterstatter französischer Blätter beschäftigen sich in ihren Berichten auch mit der Frage des Disputes und unterziehen übereinstimmend die Abwesenheit des polnischen Außenministers Bed. Das „Deutsche“ schreibt, die Tatsache, daß Oberst Bed nicht nach Genf komme und daß die polnische Regierung auch nicht auf die letzte französische Note antworten werde, bevor die Saargebietfrage vollkommen gelöst sei, beweise, daß das deutsch-polnische Abkommen auf äußerst festen Füßen stehe. Außenminister Laval, so schreibt der „Express“, habe aber trotzdem festes Vertrauen auf einen glücklichen Ausgang der eingeleiteten Verhandlungen.

Ausgeschlossen und abgelehnt

Der Gauleiter von Schlesien, Brüdnier, gemahregelt. Der Führer hat den Gauleiter von Schlesien, Helmut Brüdnier, wegen parteischädigenden Verhaltens seiner Stellung als Gauleiter entzogen und aus der Partei ausgeschlossen.

Der preussische Ministerpräsident General Göring hat den Oberpräsidenten von Schlesien und preussischen Staatsrat Brüdnier seiner sämtlichen staatlichen Ämter und Funktionen entzogen, nachdem der Gauleiter Brüdnier teils dem Führer wegen parteischädigenden Verhaltens teils sämtlichen Parteiamtler verlustig erklärt und aus der Partei ausgeschlossen worden ist.

„Boulot gibt vor, einen Bruder zu haben, der in Neuorleans lebt.“

„Sehr interessant! Das ist vermutlich der Mann, der einmal die vielen Millionen erben würde, wenn Boulot die Augen schließt.“

„Ja, höchstwahrscheinlich, und Sie sollen sich über ihn eingehend erkundigen und mir ein Foto von ihm verschaffen. Sammeln Sie alle Daten, die Sie erhalten können.“

„Also eine neue, interessante Schachfigur im Spiel?“

„Ja!“

„Vielleicht die entscheidende?“

„Bestimmt! Mit diesem Manne ist eine große Ueberwindung verbunden.“

„Halten Sie am Ende Boulots Bruder für den Verbrecher, der alle Mordtaten inszenierte?“

„Boulots Bruder? Nein... Boulots Bruder... der ist ein ganz unschuldiger, armer Teufel.“

„Ja, aber warum soll ich ihn dann beobachten?“

„Beobachten... hm... Sie werden ihn kaum zu Gesicht bekommen. Er ist nämlich dauernd auf Reisen.“

„Also gut, ich fahre!“

Das Telefon klickt laut.

Jenkins hebt den Hörer ab und reicht ihn wortlos Oberst Wilms.

„Hier Oberst Wilms!“

Ein Diener von Schloss Torsten meldet sich. Er scheint in größter Aufregung zu sein.

„Sir... ich bitte Sie... kommen Sie sofort nach Torsten! Ein entsetzliches Unglück... ein Ueberfall auf Mister Boulot... Mister Boulot hat seinen Angreifer niedergeschossen.“

Wilms verspricht, sofort zu kommen.

„Jenkins!“ wendet er sich an seinen Kollegen. „Alles drängt zur Entscheidung!“

Damit läßt er ihn stehen und eilt hinaus. Das Dienstauto bringt ihn in rasender Fahrt nach Torsten.

Dort empfängt ihn der alte Johnson, der vor Erschütterung kaum sprechen kann.

„Was ist geschehen?“

„Ach... Sir! Denken Sie sich, ein Mann wollte darauf hören ich Schiffe aus dem Arbeitszimmer. Bald lief hinein und fand den Besucher mit einem Revolver ohnmächtig im Sessel. Wieder ein Attentat! Oh, Herr Oberst... wann wird endlich einmal Frieden in diesem Hause werden?“

„Führen Sie mich zu dem Toten und dann melden Sie mich bei Mister Boulot!“ befiehlt der Oberst kurz. Wilms betritt den Raum, in dem man den Toten die Untersuchung beendet.

Der Tote dürfte etwa Ende der Dreißig sein. In seinen verlebten, aber nicht unehelichen Zügen steht das brutale Kinn.

„Derzshup!“ meldet der Arzt sachlich. „Mister Boulot hat eine sichere Hand. Er hat sich gut gewehrt.“

„Gewehrt?“ sagt der Oberst langsam. „Ja... muß wohl so sein! Welchen Grund hätte der Bankier sonst, auf den Fremden zu schießen.“

„Gewiß, Sir! Im Zimmer sind auch die Einschläge von zwei Kugeln festzustellen. Der Mann hat bestimmt auf Boulot geschossen!“

„Können Sie erfahren, wer der Tote ist?“

„Nein, er hat keinerlei Papiere bei sich.“

„Gut, Herr Doktor, ich benachrichtige jetzt die Mordkommission. Wie geht es Mister Boulot? Ist er vernunftfähig?“

„Ich denke! Er hat eine eiserne Natur!“

Oberst Wilms wird zu dem Bankier geführt, der sehr blaß im Bette liegt.

„Oberst... wie gut, daß Sie kommen...“ stöhnt der Kranke.

„Man hat ein Attentat auf Sie versucht, Mister Boulot?“

„Ja... dieser Mensch... der... behauptete, der Bruder meiner toten Frau... Harry Mariner... er... er... wollte Geld erpressen... und plötzlich zog er einen Revolver und schloß auf mich! Ich rief meinen Brownie heraus und drückte ab. Dann weiß ich nichts mehr.“

„Er ist tot, Mister Boulot!“ sagt Oberst Wilms. „Sie haben ihn mitten ins Herz getroffen.“

Der Bankier fährt zusammen. Ein Grauen schüttelt ihn, er fällt vor Aufregung in einen Beintramp.

Oberst Wilms verläßt den Kranken auf Anraten des Hausarztes und begibt sich nach dem Totenzimmer zu.

Und tadelt, daß man den Erschossenen aus seiner unheimlichen Lage entfernt hat.

Der Gang der Tat wird genau protokolliert.

Man entdeckt die beiden Einschläge in den gegenüberliegenden Wänden. Es ist damit erwiesen, daß der Fremde, wie auch Boulot geschossen haben.

(Fortf. folgt.)

Spangenberg, den 6. Dezember 1934.

Worauf es ankommt!

Zum 8. Dezember.

Als der Herbst 1934 herannahte und in Deutschland das Winterhilfswerk des deutschen Volkes eingeleitet wurde, da begann ringsum in der Welt unter Juden, Emigranten und anderen Volkseindern und Verrätern ein heftiges Mäuschen und Ratten: Dieser Winter legt dem Nationalsozialismus die schwerste Belastungsprobe auf. Dieser Winter wird er nicht überleben, er bringt Hunger und Not in Deutschland und dann ist der Nationalsozialismus endgültig erledigt. Man hat schon oft den Untergang des Nationalsozialismus prophezeit, aber immer von der Wunde der Väter des Gedankens: Wir werden die Welt zeigen, daß ihr Gemauschel über diesen Winter in Deutschland ebenso unwahr und absurd ist wie alles andere Gerede vorher auch.

Denn diese Rechenmeister und Propheten haben einen wichtigen Faktor nicht mit in ihre Rechnung eingebracht, nämlich in Deutschland nicht mehr jene Zersplitterung und Uneinigkeit herrscht wie zu ihrer Zeit, sondern daß die Volksgemeinschaft aller Deutschen unumstößlich geworden ist. Mit dieser Tatsache ist jene Forderung gegeben, daß Volksgemeinschaft verpflichtet, daß jeder für den anderen einsteht und opfert, daß in Deutschland niemand mehr zu hungern und frieren braucht. Das deutsche Volk hat jeden Menschen deutschen Blutes zu sich und zu schätzen gelernt, jeder, mag er flehen, wo er will, fühlt sich den anderen und gerade den ärmsten und bedürftigsten verbunden und opfert gern, um ihnen zu helfen. Deshalb ruft das NSDAP, das Volk immer wieder auf, deshalb werden am 8. Dezember alle führenden Persönlichkeiten für die Winterhilfe sammeln, um die Not zu lindern und jeden Volksgenossen vor Hunger und Kälte zu schützen. Darum gilt es am 8. Dezember der Welt zu beweisen, daß in Deutschland die nationale Solidarität sich bewährt hat und das Dritte Reich seinen Volksgenossen im Stiche läßt.

Es ist eine große Verantwortung, die wir mit dem Winterhilfswerk auf uns genommen haben. Seid euch dieser großen Verantwortung bewußt, seid nicht nachlässig und schlaf, sondern zeigt, daß ihr den Geist unserer Tage verstanden habt.

Opfert und spendet für Deutschland am Tag der nationalen Solidarität.

— Nikolausabend. Der 6. Dezember ist Nikolausabend. In manchen deutschen Gauen wandert der alte St. Nikolaus an diesem Tage hinaus, um die Kinder um sich zu versammeln und Gaben zu verteilen. Mancherorts fällt er den Kindern auf, den das Kind vor die Tür stellt, mit Nuss und Mandelfrüchten. Aber weil St. Nikolaus doch nicht überall hin kann und er nicht in unsere Gegend kommt, müssen sich unsere Kinder selbst ihre Nikolausgaben sammeln und deshalb ziehen sie am Nikolausabend mit Belz und Bart von Haus zu Haus und bitten um eine kleine Gabe. Niemand wird sie ihnen — den Kleinen — vorenthalten, denn diesen heiligen Kinderglauben und diese Volkssitte wollen und dürfen wir wahrlich nicht zerstören.

* Abschiedsabend des Landtschuljahres. Der für nächsten Sonntag angeordnete Abschiedsabend ist auf Mittwoch, den 12. Dezember verschoben. Näheres hierüber wird noch bekanntgegeben.

△ Steuerfreiheit für Weihnachtsgeschenke. Die Einkommen- und Handelskammer Kassel M.H.L. aufen, eig. Kassel, macht die ihr angeschlossenen Firmen darauf aufmerksam, daß auf Grund eines Erlasses des Reichsfinanzministers vom 30. 11. ds. Js. auch in diesem Jahre einmalige Zuwendungen zu Weihnachtsgeschenken von der Einkommensteuer (Vohnsteuer), Abgabe zur Arbeitslosenversicherung, Einkommensteuer der Lebigen und der Schenkungssteuer befreit sind, wenn es sich um eine einmalige Zuwendung handelt, die in den Monat Dezember fällt, wenn diese über den vertraglich (tariflich) gezahlten Arbeitslohn hinausgeht, und wenn es sich um Arbeitnehmer handelt, deren vereinbarter Arbeitslohn nicht mehr als 3600 RM jährlich beträgt. Im Gegenfall zum Vorjahre ist es nicht erforderlich, daß die Zuwendung in Bedarfsbedarfschein erfolgt. Sie kann vielmehr in bar oder in Sachen gegeben werden. Um die Befreiungsberechtigung der Arbeitgeber nachzuweisen, werden demnach Weihnachtsgeschenke schon vor Inkrafttreten der neuen Lohnsteuertabelle steuerlich geltend gemacht.

Erlebnis bei Hauptmann Köhl.

Das waren erlebnisreiche Stunden, die uns Hauptmann Köhl gestern Abend bereitete. Der große Heilige Saal war überfüllt; es konnte — wie man sagt — kein Stein zur Erde. Man muß der Ortsgruppenleitung danken, daß sie uns diesen Vortrag vermittelt hat.

Großer Jubel empfängt den alten Kriegsfieger und Ozeanbegleiter, als er durch die Mitte des Saales zur Bühne schreitet. Dann begrüßt ihn Ortsgruppenleiter Kemmer mit Worten des Dankes für seine Einsatzbereitschaft und Treue, die er dem Deutschen Vaterlande bewiesen hat, worauf Hermann Köhl seinen interessanten Vortrag beginnt. Kurze Worte des Dankes an die Stellen, in deren Händen Vorbereitung und Durchführung der Vorträge im Reichsführer Land liegen und ein ferniges Verbleiben zu dem neuen Deutschland stehen am Beginn der Ausführungen. Dann erzählt und plaudert Köhl oft unterbrochen von dem Beifall des vollbesetzten Hauses. Er schildert eingehend die Schwierigkeiten in der langen Vorbereitungszeit des Ozeanfluges, er findet Worte des Dankes an die, die den Flug durch finanzielle Unterstützung erst ermöglichten, Worte des Gedankens für den so früh verstorbenen Fliegerkameraden Dünkel. Köhl erzählt und plaudert von den Probeflügen, von der herrlichen deutschen Werkmannsarbeit, von dem abgebrochenen Flug im Jahre 1927, von Widerständen und finanziellen Nöten. Aber den Willen zur Tat konnte kein Bürokratismus hemmen, bis an jenem denkwürdigen Apriltag 1928 die schnittige

fliegergraue „Bremen“ vom Tempelhofer Flugplatz den widerstrebenden Kräften gen Irland davonflog. Hauptmann Köhl erzählt von den Tagen des Wartens in Irland, von der Kameradschaft zu den dortigen Fliegern, von der Unternehmung, die den Deutschen in allen Dingen zuteil wurde. Er schildert, wie der Lagerkommandant Fitzmaurice das kameradschaftliche Angebot der Deutschen, mitzufliegen, annimmt und dann endlich der Flug mit dem schwierigen Start begann und seine Höhepunkte in den Stunden des dramatischen Kampfes mit den entstellten Elementen erreichte, diesem mörderischen Kampf um Leben und Tod bis zur Landung auf dem Festland jenseits des Atlantik. Was dann folgte, war die Begeisterung in zwei Erdteilen, waren Ehrungen über Ehrungen.

Die Ausführungen von Köhl wurden zum Schluß durch eine Lichtbildreihe sinnvoll ergänzt. Diese Bilder liehen uns die großen Empfangsveranstaltungen bräuen in Amerika und dann bei der Rückkehr unserer Helden in Deutschland miterleben. Man kann es nicht in Worte kleiden, welche Ehrungen den Siegern zuteil wurden.

Die lähne Tat Hermann Köhls und seine fesselnde, humorvolle Schilderung wurde durch stürmischen Beifall am Schluß der Versammlung belohnt. Viele Anwesenden erkannten zum Schluß noch eines der selbstgeschriebenen Bücher Köhl oder ein Bild von diesem, die er mit seiner Unterschrift verlag.

Rondhausen. Rst. Rotenburg. Kürzlich wurde hier vom Vorkämpfer des Kreises Rotenburg eine vom Juden Saal Ragenstein aus Vebra geschickte Raub unterzucht, wobei das Vorderende der Raub der Freiheit übergeben wurde. Bei der Kontrolle fand der Gendarmerie-Beamte das Fleisch in 2 Rindfleischpackungen verpackt. Daraufhin wurde das Fleisch als untauglich abgestempelt und mit Petroleum übergeben. Ragenstein dürfte eine exemplarische Strafe für sein Verhalten zu erwarten haben.

Burthardroth. (Rhön). Ein scheinbar angeschossener Reiter raste kürzlich in blinder Eut durch die Straßen von Wollbach, wandte sich dann nach Burthardroth, gewählte dort die Gärten, warf einen Mann auf einen Misthaufen und verschwand dann wieder im nahen Walde.

Niedersachsen. Ein hiesiger Einwohner hatte sich jahrelang an vier seiner zum Teil noch schulpflichtigen Stiefkinder fortgesetzt in schändlichster Weise vergangen. Die Große Strafkammer erkannte auf 4 Jahre Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden dem Angeklagten auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Außerdem ordnete das Gericht Entmannung an.

Merlei Neuigkeiten

Ein Heringslogger gestrandet. Der Emdeener Heringslogger „A. E. 93 Louise Henriette“ ist nachts bei diesem, regnerischem Wetter und Windstärke 6 nördlich von Bortum auf dem hohen Riff bei sehr hoher Brandung aufgelaufen. Das Rettungsboot von Bortum hat die 18köpfige Besatzung geborgen.

Essener Betrüger an der Grenze festgenommen. Wie das Polizeipräsidium in Bessen mitteilt, wurde an der Grenzstation von der polnischen Polizei ein Mann festgenommen, der von den deutschen Strafbehörden festzuehlich gesucht wird. Der Festgenommene war nach Unterschlagung von 200 000 Mark Lotteriegeldern in Essen geflüchtet. Er wurde der deutschen Polizei übergeben.

Explosionsunglück in einem Wohnhaus. In Köln-Ralt ereignete sich in einem Wohnhaus in dem sich im Erdgeschosse eine Apotheke und im Hinterhaus ein Lager für Leder befindet, eine Explosion. Zwei Ballons mit einer sehr feuergefährlichen Flüssigkeit, die für das Lederlager bestimmt waren, waren im Hausflur abgeladen worden. Dabei ging ein Ballon zu Bruch. Es entwickelten sich starke Gase, die sich durch das ganze Haus zogen. Kurz darauf kamen die Gase zur Explosion. Fast sämtliche Türen des Hauses wurden eingestürzt und die Fensterhebeln zertrümmert. Das entstandene Feuer breitete sich über das Treppenhaus im ganzen Hause aus. Sieben Personen mußten verlegt ins Krankenhaus gebracht werden.

Selbstmord aus Angst vor der Operation. Der in weichen Kreisen bekannte ungarische Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Tauffer, der Begründer des ungarischen Mutter- und Säuglingshauses, ist auf tragische Weise ums Leben gekommen. Professor Tauffer, der im 84. Lebensjahr stand, litt seit längerer Zeit an einem schweren Darmleiden und sollte sich einer Operation unterziehen. Obwohl er selbst in seinem Leben viele Tausende von Operationen ausgeführt hatte, hatte Tauffer in den letzten Wochen eine außerordentliche Scheu vor seiner Operation. Als man ihn nun in die Klinik bringen wollte, fand man ihn tot im Bett auf. Tauffer hatte sich erschossen.



Die Weihnachtsplakette aus Eisenkunstguss. Die diesjährige Weihnachtsplakette des Lauchhammer-Werkes symbolisiert Ehre und Frieden, die beiden Grundpfeiler des neuen Deutschlands.

Bereinstolender

Kriegerverein Spangenberg.

Sonabend, den 8. Dezember 8.30 Uhr abds. Veranstaltung im grünen Baum.

1. Bericht über die 68. Delegiertenversammlung.
 2. Kollektivversicherung.
 3. Vortrag Obstbaumzucht und Obstbaumpflege.
- Den gesamten Vorstand, Schließwart u. Stellvertreter bitte ich zu einer Vorbesprechung um 8 Uhr.

Rohde.

Chorverein Niederkränzen.

Deute abds. Gesangsunde.

Turnverein Froher Mit

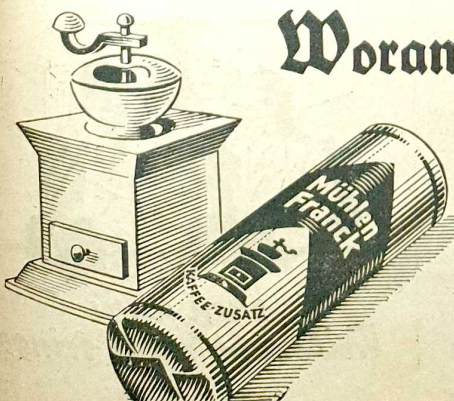
Freitag Abend 6 Uhr Knabenturnstunde.

Reichsbereinstolender der Angestellten in der Deutschen Arbeitsfront

Die für Sonabend geplante Adventsfester wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Der Ortsgruppenwart.

Woran erkennt man Mühlen Franck?



Das bekannte, hochwertige Erzeugnis wird immer in orangeroten Rollen mit dem Namen Mühlen Franck auf blauem Zickzackband und der Schutzmarke Kaffeemühle — dem Echtheitszeichen der Firma Heinrich Franck Söhne — geliefert. Man verlange in den einschlägigen Geschäften Mühlen Franck. Das 1/2-Pfund-Paket kostet nur 22 Pfg.

Bechlüsse des Reichskabinetts

Neue Geleze wirtschaftlicher und finanzieller Art

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner letzten Sitzung eine Reihe von Gelezen wirtschaftlicher und finanzieller Art. Das umfangreichste Gelezeswerk ist das vom Reichswirtschaftsminister vorgelegte Reichsgeleze über das Kreditwesen. Durch dieses Geleze wird das Kreditwesen aus der Späre rein privatwirtschaftlicher Interessenbeteiligung herausgehoben. Das Geleze schafft eine scharfe Trennung in der Behandlung des Geldmarktes und des Kapitalmarktes. Es sieht die Errichtung eines Reichsaufsichtsamtes vor.

Erweiterung des Anleihenlosgesetzes

Genehmigt wurde ferner ein Geleze über die Gewinnverteilung bei Kapitalgesellschaften (Anleihenlosgesetz), das eine Ergänzung zu dem am 29. März d. J. erlassenen Kapitalanleihenlosgesetz darstellt. Auf Grund des neuen Gelezes wird der Kreis der Gesellschaften, die einen Anleihenlosgesetz bilden haben, erheblich weiter gezogen, indem auch solche Gesellschaften erfasst werden, die in früheren Jahren hohe Dividenden gezahlt haben.

Es darf in Zukunft in der noch der Gewinn bis zu einem Höchstbetrage von 8 v. H. und, wenn die Gesellschaft bereits im Vorjahre einen höheren Gewinn erzielt hatte, ein Gewinn von höchstens 8 v. H. ausgeschüttet werden. Der Höchstbetrage des der Gesellschaften zur Verfügung gestellten Gewinnes muß als Anleihenlosgesetz zur Verfügung gestellt werden und darf erst nach vier Jahren unter die Gesellschaften ausgeteilt werden. Den für den Anleihenlosgesetz berechneten Betrag darf die Gesellschaft nicht mehr selbst anlegen, sie hat ihn der Deutschen Goldkassensatzbank zu überweisen, die ihn für die Gesellschaft nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen auszugeben hat. Der Anleihenlosgesetz gehört nicht mehr zum Vermögen der Gesellschaft.

Bereinschaffung des Börsenwesens

Ein Geleze zur Änderung des Gelezes über den Wertpapierhandel (Wertpapierhandelsgesetz) für die Voraussetzungen für den notwendigen geordneten Vereinschaffung des Börsenwesens.

Ausgehoben werden mit Wirkung zum 1. Januar 1932 die Wertpapierbörsen zu Königsberg, Magdeburg, Stettin und Znojmo. Zusammengeführt werden die Wertpapierbörsen in Augsburg und München zu der Bayerischen Börse mit dem Sitz in München; Bremen, Hamburg und Lübeck zu der Hanseatischen Börse mit dem Sitz in Hamburg; Chemnitz, Dresden und Leipzig zu der Sächsischen Börse mit dem Sitz in Leipzig; Düsseldorf, Essen und Köln zu der Rheinisch-Westfälischen Börse mit dem Sitz in Düsseldorf; Frankfurt a. M. und Mannheim zu der Rhein-Mainischen Börse mit dem Sitz in Frankfurt a. M.

Die an einzelnen Plätzen bestehenden Warenbörsen und Getreidegroßmärkte werden von der Neuordnung nicht betroffen. Unverändert bestehen bleiben die Wertpapierbörsen in Berlin, Breslau, Hannover und Eutgart.

Das Geleze über die Durchführung des Reichsgelezes nach nupbaren Lagerstätten (Lagerstättengeleze) ermächtigt den Reichswirtschaftsminister zur Durchführung des Reichsgelezes nach nupbaren Lagerstätten, mit deren Unternehmung sowie der Sammlung und Bearbeitung ihrer Ergebnisse die Preussische Geologische Landesanstalt und die mit ihr zu vereinigenden geologischen Anstalten der übrigen Länder beauftragt werden.

Das Reichskabinett verabschiedete weiterhin ein Geleze über die Unterfunkt bei Bauten, durch das Vorfrage für eine angemessene Unterfunkt der Arbeiter bei Außenarbeiten und zur Befestigung gesundheitschädlicher Einflüsse getroffen wird.

Das Geleze über die Erweiterung der Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung dehnt dessen Befugnisse über den Kreis der fälligen Bedarfsbedingung hinaus auf gewerbliche Leistungen und Leistungen überhaupt aus.

Ausdehnung der Urheberrechtsfrist

Das Geleze zur Verlängerung der Schutzfrist im Urheberrecht bringt eine Ausdehnung des Schutzes von der gegenwärtigen 30jährigen Dauer auf 50 Jahre nach dem Tode des Autors.

Angenommen wurde ein Geleze zur Verhütung mißbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten, ferner ein Geleze zur Veränderung des Tabaksteuergesetzes, das die Steuerbefreiung beilegt sowie ein Geleze über die Beförderung von Personen zu Lande, durch das der Straßenbahnverkehr und Kraftfahrzeugverkehr sowie der Fußverkehr geregelt werden.

Das Geleze zur Verhütung mißbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten lacht die bisher bestehende Bünde zu schließen, indem es den Vollstreckungsgericht allgemein die Ermächtigung gibt, auf Antrag des Schuldners Vollstreckungsmöglichkeiten, die nach Prüfung aller Umstände des Falles eine gelundene Volksempfinden aröblich

widerprechende Härte darstellen würden, ganz oder teilweise zu unterbinden oder aufzuheben. Durch die weite Fassung der Gelezesbestimmung ist dem Gericht die Möglichkeit gegeben, alle besonderen Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen.

Schließlich wurde ein Geleze betreffend die Gesellschaften und Ausübung des Vertriebsnetzes von Reichsbediensteten im Ausland genehmigt, durch das nicht mehr zeitgemäße Vorschriften auf diesem Gebiet durch neue Bestimmungen ersetzt werden.

In der der Kabinettsitzung vorangegangenen Ministerverprechung berichteten der Reichsaussenminister und der Reichsfinanzminister über die in Rom zum Abschluß gebrachten Verhandlungen wegen der Rückgliederung des Saargebiets.

Zusammenfassung der Kräfte

Dr. Schacht erläutert die neuen Geleze

Der Reichsbankpräsident und kommissarische Reichswirtschaftsminister sprach im Rundfunk über die neuen Geleze zum Bank- und Kreditwesen. Einleitend verwies er auf das Erbe, das der Nationalsozialismus übernehmen mußte. Öffentliche Verwundungslust, hohe Steuern und ein sinnloses öffentliches Bumpsystem hätten das marxistische System gekennzeichnet.

Die nationalsozialistische Regierung Adolf Hitlers habe mit diesem Regierungseinsatz aufgeräumt und so den größten Teil der Arbeitslosen wieder in Lohn und Brot gebracht.

„Unser Arbeit“, so fuhr Reichsbankpräsident Dr. Schacht dann fort, „wird uns das Kapital wieder schaffen helfen, ohne das eine höhere Lebenshaltung und eine reichere Zivilisation nicht denkbar ist. Freilich schafft nicht nur die Arbeit das Kapital, sondern im modernen Wirtschaftsleben ist eine sinnvolle Arbeit nur mit Hilfe von Kapital denkbar, und so viel Kapital zu schaffen, das wir im internationalen Wettbewerb der Völker konkurrenzfähig bleiben, das ist die große Aufgabe, vor der wir stehen.“

Dr. Schacht erläuterte dann die einzelnen Geleze. Das Anleihenlosgesetz, nach dem alles, was mehr als 6 bzw. 8 Prozent an Dividenden ausgeschüttet werden soll, in Reichsanleihe oder reichsgarantierter Anleihe angelegt werden muß, nehme dem Aktionär nicht sein Eigentum weg, da ja die gekauften Reichsanleihen im Beistie des Aktionärs verblieben und von ihm beliehen werden könnten, wenn er in Not ist. Durch das Geleze leide lediglich der Staat von den Unternehmen, die höhere Dividenden ausschütten könnten, Geld zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung.

Das Geleze zur Neuordnung der deutschen Börsen verringere die Zahl der deutschen Börsen von 21 auf 9, diene so der notwendigen Zusammenfassung der Kapitalkräfte und bejeitige einen Rest deutscher Kleinanleger.

Das dritte und bedeutendste Geleze endlich sei das Geleze zur Beaufsichtigung des Kreditwesens. Kernstück dieses Gelezes sei Zusammenfassung aller Kräfte, insbesondere Haushalten, d. h. Vermeidung unfinanzieller Geschäfte, Herabdrückung der Unkosten, beides Dinge, die für die Senkung des Zinsfußes wesentlich sind, zweckmäßige Arbeitsstellung des Bankapparates, Vermeidung von ungeregelter und unkontrollierter Konkurrenz, Sicherung des kleineren und mittleren Kreditbedarfs, angemessene regionale Verteilung der Kredit, fräftige Begrenzung der spekulativen Geschäfte und Sicherstellung einer Barliquidität im Interesse der Sparer und Geldgeber und ferner größere Publizität der Bankbilanzen.

Damit werde die Führung des deutschen Bank- und Kreditwesens im nationalsozialistischen Geiste für die weitere Zukunft gewährleistet und der deutsche Sparer und Geldleger erhalte die Gewißheit, daß ihm künftig die größtmögliche Sicherheit für sein Eigentum gegeben ist. So erwächst auch aus diesen Gelezen kein Gefährd der Zusammengehörigkeit von Volk und Staat, ohne das keine Nation sich in der Welt behaupten könne. Immer müssen wir uns bewußt bleiben, daß unser persönliches Schicksal mit dem Schicksal unseres Volkes untrennbar verbunden ist.

Nationale Solidarität

Die Minister sammeln unter den Linden.

Daß der „Tag der nationalen Solidarität“ ein voller Erfolg werden muß und wird, sieht nach der geleisteten großen Vorbereitungsarbeit wohl sehr schon außer Frage. Die Organisation ist in allen Einzelheiten bereits geregelt, und in Berlin sind den vielen Sammlern sogar schon die Straßenabschnitte zugewiesen worden, in denen sie ihrem großen Liebeswerk nachgehen werden.

Der Leiter der Aktion, Reichsminister Dr. Goebbels, sammelt gemeinsam mit dem preussischen Ministerpräsidenten General Göring vor dem Hotel Adlon unter den Linden.

Ebenso wie alle übrigen Helfer werden auch die Minister die Sammelbüchsen mit dem blauen Streifen und der Aufschrift „Tag der nationalen Solidarität“ tragen. Der Reichsbankpräsident sammelt in der Börse. Weiter sammelt Frau Goebbels vor dem Kolumbushaus am Potsdamer Platz; Gruppenführer Bräuner, der Adjutant des Führers, Reichsadjutant Hoffbach, Gruppenführer Schaub, Dr. Brand, Ober-

Es ist Ehrenpflicht, durch eigenes Opfer den Volksgenossen beizustehen, die ohne Schuld bittere Not leiden. (Reichsminister Feiler.)

gruppenführer Sepp Dietrich, Oberführer Schred und Kapitän Bauer unter den Linden und Brandenburger Tor bis zur Staatsoper; Staatssekretär Meißner und die Beamten der Präsidialkanzlei an der Gedächtniskirche; Staatssekretär Lammers und die Beamten der Reichskanzlei in der Hardenbergstraße vom Usa-Palast bis zum Bahnhof Zoo.

Den Schriftstellern ist die Straße von der Potsdamer Straße Ecke Bülowstraße bis zur Linkestraße zugewiesen. Die Mitglieder der Reichsfilmmannschaft sammeln unter den Linden vom Brandenburger Tor bis zum Zeughaus. Die Theater sind auf die verschiedensten Straßen und Plätze verteilt worden. Die SA-Führer stehen in der Königsplatz und auf dem Alexanderplatz, die SS-Führer in der Königsplatzstraße über den Alexanderplatz hinaus bis zur Landberger Straße.

Aufzug des Reichsministers Rast

Reichserziehungsminister Rast veröffentlicht zum „Tag der Nationalen Solidarität“ folgenden Aufruf:

Es gibt Menschen, die gedankenlos über die ewige Sammelzeit des Winterhilfswerts sich beklagen. Untere armen Volksgenossen tragen bewundernswürdig ihr hartes Los. Sie verdienen jede Hilfe durch die Gläubiger, denen es besser geht. Bewundernswürdig ist auch die Unverdorbenheit der Sammler. Wir müssen mit ihnen und den Kollektenden uns solidarisch erklären, damit die Gedankenlosen begreifen, warum es geht. Wir werden alle am Sonnabend unsere Pflicht tun, freudig!

Das Preßamt des NSDAP (Stahlfilm) teilt mit: An dem Tage der nationalen Solidarität werden sich alle Gliederungen des NSDAP (Stahlfilm) in frontsozialistischem Geiste mitbeteiligen. Der Bundeshauptmann des NSDAP (Stahlfilm) hat es den Führern aller Grade zur Pflicht gemacht, sich zu der Sammelaktion zur Verfügung zu stellen.

Gegen unsoziale Betriebsführer

Strafen wegen untertätiger Bezahlung.

Der Sondertribunal der Heimarbeiter in der Lederwaren-, Reise-, Sportartikel- und Ausstattungsindustrie gibt bekannt: Es ist wiederholt von maßgeblichen Stellen darauf hingewiesen worden, daß Tarifordnungen unbedingt eingehalten werden müssen. Trag alledem haben sich teilweise müssen, das es immer noch einige Betriebsführer in der Lederwarenindustrie des Offenbacher Gebietes gibt, die glauben, sich über die tariflichen Bestimmungen hinwegsetzen zu können.

Ich habe daher gegen drei Lederwaren-Firmen im Kreise Offenbach, die die an sie ergangenen Auforderungen zur Nachzahlung zu wenig gezahlter Heimarbeiterentgelte nicht oder noch nicht in genügendem Maße nachgekommen sind, Verzugsbußen in Höhe von 100 RM bis 1000 RM und gegen eine Firma in der Stadt Offenbach aus dem gleichen Grunde eine Verzugsbuße von 10 000 RM festgelegt.

Glückwünsche für den Generalfeldmarschall

Dem greisen Generalfeldmarschall von Madsen sind zu seinem 85. Geburtstag zahlreiche Glückwünsche zugegangen. Der Bundesführer des NSDAP, Reichsarbeitsminister Franz Seidler, richtete an den Marschall ein herzliches Glückwunschkreiben. Reichsminister Dr. Goebbels bringt in seinem Telegramm zum Ausdruck, er hoffe, daß es dem Generalfeldmarschall vergönnt sein möge, den vollendeten Wiederaufbau des Vaterlandes in Kraft und Rüstigkeit mitzuerleben. Der Führer und Reichszugler hat auf Vorschlag des Reichswehrministers angeordnet, daß am Geburtstag Madsens die militärischen Dienstgebäude flaggen.

Erdbeden in Honduras

Tegucigalpa (Honduras), 5. Dezember. Ein amtlicher Bericht meldet, daß im Departement Copetec drei Ortschaften durch Erdbeden wahrscheinlich völlig zerstört worden sind. Berichte über die Zahl der Todesopfer liegen noch nicht vor.

Die Stadt kann im Frühjahr etwa 1 Dzt. Kleingärten abgeben. Pachtliebhaber mögen sich sofort auf dem Rathaus melden.

Der Bürgermeister.

Nur ein fühlbares Opfer



Wird allen Weihnachtstrenude bringen

Spangenberg Tonfilm-Theater

Sonnabend und Sonntag pünktl. 8.30 Uhr abends

Die weiße Majestät

Ein Hochgebirgsdrama aus der Schweizer Alpenwelt.

Mit guten Beiprogramm.

Ich lade auch in diesem Jahre wieder zum unverbindlichen Besuche meiner Ausstellung von

Porzellan, Glas und Kristall

im ersten Stock meines Hauses ein.

Die Schau wird Ihnen sicher wertvolle Anregungen für Ihre Weihnachtsgeschenke geben

Karl Bender.

Die gute Drucksache

wirbt die schlechte verdirbt

Schnellste und billigste Lieferung aller Drucksachen in geschmackvoller Ausführung durch

Buchdruckerei H. Munzer Spangenberg

Habe einige gebrauchte, sehr gut erhaltene Si ger

Hand- und Tretnähmaschinen

preiswert abzugeben.

Postkarte genügt zur unverbindlichen Vorführung.

Fritz Michel, Vertreter der Singer Nähmaschinen.

Ich empfehle:

feinster Weinbrand Verschnitt Deutscher Weinbrand Dreistern Scharlachberg Traubenbrand Scharlachberg Silber feiner aller Korn Ia. Liköre

Jam. Rum Verschnitt Batavia Arac Verschnitt Weißwein von 75 4 Fl. o. Gl. ausgesuchte naturreine Weißweine von 1,10 1 Fl. o. Gl. Rotweine Südweine

Karl Bender.